

Die Vorsitzende verlas den Tagesordnungspunkt und verwies auf die der Einladung beigefügten Unterlagen sowie auf die Nachsendung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Abg. Josten-Schneider bat um Beantwortung der folgenden Fragen.

1. Sieht die Verwaltung auch die Möglichkeit, in den nächsten Jahren Stelleneinsparungen zu generieren und wenn ja in welchen Bereichen?
2. Sieht die Verwaltung bei dem vorherrschenden Fachkräftemangel einer schnellen fachgerechten Neubesetzung der Stellen entgegen? Sind die durchgeführten Werbekampagnen der Verwaltung erfolgreich was die Akquirierung von Personal anbelangt und welche Wege möchte die Verwaltung hier noch weiter beschreiten?
3. Sie hätte sich eine Priorisierung zur Besetzung der Stellen gewünscht, die Begründungen von Seiten der Verwaltung für den Personalbedarf könnten jedoch nachvollzogen werden. Man sehe den dringenden Bedarf für die Aufarbeitung der Rückstände in der Ausländerbehörde und im Jugendamt sowie die personelle Verstärkung in dem weiteren wichtigen Bereich des Rettungswesens mit Blick auf die Flutkatastrophe und die Pandemie. In den Bereichen Mobilität und Digitalisierung sehe sie ebenfalls Handlungsbedarf und die Notwendigkeit der personellen Verstärkung. Hierzu schließe sich eine weitere Frage an.
4. Wie stellt sich die Verwaltung die Besetzung im IT-Bereich vor, da auch hier gute Fachkräfte eher dazu tendieren, in der freien Wirtschaft eine Anstellung zu finden? Wurde über ein Outsourcing von Aufgaben nachgedacht und besteht die Möglichkeit zur Umschulung von vorhandenem Personal?

Frau KD´in Udelhoven antwortete auf die Fragen wie folgt

1. Zu dem Thema der Einsparungen könne sie nichts Konkretes sagen da dies von vielen verschiedenen Faktoren abhängig sei. Mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt solle abgebildet werden, was derzeit an Stellenbedarfen absehbar sei. Sie könne deshalb auch keine konkrete Antwort geben, in welchen Bereichen dies ggfls. möglich sein könnte.
2. In Bezug auf den Fachkräftemangel ergänzte Frau Udelhoven zu den Ausführungen von Herrn Nitschke, dass man auch erkennen würde, dass der öffentliche Dienst mittlerweile eine andere Wertschätzung bekommen habe. Der Erfolg der Arbeitgeberkampagne sei nicht konkret messbar. Es sei jedoch auch wichtig, großen Wert auf die Außendarstellung des Arbeitgebers Rhein-Sieg-Kreis zu legen.
3. Hinsichtlich der Priorisierung wies sie darauf hin, dass diese bereits durch die Verwaltung vorgenommen worden sei. Der Schwerpunkt für die erbetenen

Stellen diene dazu, eine krisenfeste Verwaltung für die pflichtigen Aufgaben sicherzustellen.

4. Im Bereich der IT sei man auf einem guten Weg, so sei der Bereich der Ausbildung ausgeweitet worden und man sei bemüht, alle Möglichkeiten wahrzunehmen. Umschulungen kämen nicht in Betracht. Ein Outsourcing erfolge bereits z.B. im Bereich der Schul-IT, der SAP-Betreuung sowie auch verschiedene Fachverfahren. Das Kernteam würde somit durch externe Anbieter gut ergänzt.

Abg. Krupp führte aus, dass das Thema Personal sehr wichtig sei und zunächst noch in der Fraktion besprochen werden müsse. Daher werde sich die SPD-Fraktion zunächst enthalten. Es gäbe noch weitere Beratungen hierzu und die abschließende Entscheidung im Kreistag.

Abg. Becker erklärte, dass die CDU-Fraktion dies bereits beraten habe und diesem Beschluss zustimmen werde. U.a. in den Bereichen des Gesundheitsamtes und des Katastrophenschutzes halte er dies für besonders wichtig. Der Wert und die Wichtigkeit der öffentlichen Hand sei bei der Erledigung von dringenden gesellschaftlichen Problemen in den Hintergrund getreten sei. Es habe sich aber gezeigt, dass die natürlichen Gewalten (z.B. Corona und Flut) aber gelegentlich doch den Staat erfordern würden. In Zukunft müsse man schauen, ob und wo man ggfls. wieder einsparen könne. Aber das was hier vorläge sei dringend notwendig.

Abg. Balansky gab an, dass die Fraktion der Grünen diesem Nachtrag ebenfalls zustimmen werde, um ein gutes und sicheres Arbeiten zu gewährleisten.

Abg. Meyer stellte noch eine Frage zu den Möglichkeiten z.B. mit der Flexibilität, mit Homeoffice und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu werben.

Frau KD'in Udelhoven entgegnete, dass dies bereits erfolgen würde und die Vorteile der Kreisverwaltung auch auf der Karriere-Homepage des RSK aufgeführt würden. Gerade im Bereich Vereinbarkeit, flexible Arbeitsplätze und Arbeitszeiten sei man gut unterwegs.

Abg. Josten-Schneider bestätigte die volle Unterstützung, da die Notwendigkeit deutlich dargelegt worden sei und alle Fragen hierzu beantwortet seien.

Anschließend ließ die Vorsitzende über den Beschluss inklusive dem Nachtrag zum Kompetenzzentrum Frau und Beruf abstimmen.